

## Leserbriefe vom 6. April 2024

**Kritik am Verfassungsschutz +++ Arabischer Schock +++ Die Zukunft unserer Ernährung +++ Schwierige Zeit für E-Autos**



© Reuters

Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang

### Zweifel am Demokratieverständnis

Zu „Fremde Federn: Thomas Haldenwang – Die Meinungsfreiheit ist kein Freibrief“ (F.A.Z. vom 2. April): Mit seinem tendenziösen Artikel hat der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, ein verräterisches Bekenntnis über sein wahres Demokratie- oder genauer gesagt undemokratisches Amtsverständnis abgelegt. Ein Verfassungsschutzpräsident, der behauptet, „Die Meinungsfreiheit ist kein Freibrief“, verkennt die maßgeblichen freiheitlichen Grundlagen unserer Demokratie, die naturgemäß auch die Kritik an Regierung und staatlichem Handeln gewährleistet. Jenseits des Strafrechts gibt es keine Einschränkung der Meinungsfreiheit, die im Artikel 5 unseres Grundgesetzes garantiert ist und zum Kernbereich der Verfassung gehört. Ein Verfassungsschutzpräsident, der sich

anmaßt, solche Schranken über den Rahmen des Strafrechts hinaus, quasi via Beschlüsse, durch Beobachtung oder willkürliche öffentliche Kommentierung einzuführen, verletzt die Verfassung. Er überschreitet dabei auch die eigenen, gesetzlich abgesteckten Kompetenzen. Wenn die Bundesregierung keine Konsequenzen aus dem Verhalten dieses hohen Beamten zieht, lässt sie selbst Zweifel an ihrem Demokratieverständnis aufkommen. **Professor Dr. Rupert Scholz, Verfassungsrechtler und Verteidigungsminister a. D., Berlin**

### **Zum Amtsmissbrauch fehlt nicht viel**

Zu „Fremde Federn: Thomas Haldenwang – Die Meinungsfreiheit ist kein Freibrief“ (F.A.Z. vom 2. April): Was Thomas Haldenwang als Präsident des Bundesverfassungsschutzes in seinem Gastbeitrag zum Besten gibt, überrascht nicht. Wer seine wiederkehrenden Einlassungen zum – aus seiner Sicht – Rechtsextremismus in Deutschland betrifft, so sind keine neuen, eventuell differenzierteren Ansichten erkennbar. Im Gegenteil – es offenbart ein Amtsverständnis, das über den grundsätzlichen Aufgabenbereich des Amtes (und seines Leiters) politisch viel zu weit geht. Was seinem Amtsvorgänger, Herrn Maaßen, zügig zum Verhängnis wurde, weil er nach Meinung der damaligen Kanzlerin Merkel zu „rechtslastig“ war, das stört den SPD-Kanzler Scholz mit SPD-Innenministerin Faeser beim SPD-Mitglied Haldenwang nun überhaupt nicht. Soll dieser ruhig ungestört als oberster Behördenchef einer Bundesbehörde seine Bedenken bezüglich ständiger rechtsextremer Gefährdungslage kundtun. Dies geschieht durch Herrn Haldenwang aber in einer Art und Weise, der eine so offensichtlich links orientierte politische Ausrichtung zugrunde liegt, dass zu einem Amtsmissbrauch nicht viel fehlt. Dazu kommt, dass die CDU/CSU anscheinend aus politischem Kalkül, was die AfD betrifft, Haldenwang unwidersprochen gewähren lässt. So kann man unsere freiheitlich demokratische Grundordnung natürlich „auftragsgemäß“ auch schützen . . . Das hatten wir so ähnlich vor nicht langer Zeit schon mal mit weitreichenden Corona-Freiheitseinschränkungen. Hat sich das Amt für Verfassungsschutz damals um unsere freiheitlich demokratischen Grundrechte auch so gekümmert? **Reinhard Mayer, Waldkirchen**

### **Der Schlüssel liegt in China**

Zu dem Kommentar „Arabischer Schock“ von Christoph Ehrhardt (F.A.Z. vom 2. April): In seiner präzisen Analyse der unterschiedlichen Standpunkte arabischer Staaten in der jetzigen Lage weist der Verfasser auf einen für Europa sehr wichtigen Punkt hin. Er beschreibt die zögerliche Rolle Ägyptens beim Schutz der Schifffahrt im Roten Meer. Wegen bewaffneter Angriffe auf Handelsschiffe durch jemenitische Huthi-Rebellen ist die Schifffahrt durchs Rote Meer und den Suezkanal fast zum Erliegen gekommen. Die Huthi zwingen die Schiffe, den Umweg ums Kap der Guten Hoffnung zu machen, und verteuern die Transportkosten erheblich. Mit den USA gemeinsam versuchen einige europäische Staaten die Huthi zu bekämpfen. Aber wenn selbst Saudi-Arabien und die Emirate gegen die Huthi gescheitert sind, warum sollten ausgerechnet westliche Staaten mehr Erfolg haben? Bisher hat der Westen im Kampf gegen solche Gegner noch nie gewonnen. Ich

erinnere an die schmachvolle Niederlage der USA gegen Vietnam und an den fragwürdigen „Sieg“ gegen den Irak und das Chaos danach. Nichts als Chaos hinterließ der Westen auch nach dem Sturz Gaddafis in Libyen.

In Afghanistan scheiterte gleich die ganze NATO an den Taliban. Gegen asymmetrische Kämpfer ist der Westen offensichtlich machtlos. Was ist dann zu tun? An einer Befriedung des Roten Meeres kann niemand stärker interessiert sein als China, das seinen gesamten Handel mit Europa über die Route durchs Rote Meer abwickelt. Es wird behauptet, dass die Huthi ihre Waffen von Iran erhalten. Iran wiederum ist völlig abhängig vom Wohlwollen Chinas, weil es unter anderem sein Erdöl überwiegend an China verkauft. Was liegt näher als direkte Gespräche der USA mit China? China muss Iran bewegen, dass er seinen Einfluss auf die Huthi geltend macht. Die Huthi dürfen die Schifffahrt im Roten Meer nicht weiter gefährden. Sonst könnte Iran seine Unterstützung für die Huthi Rebellen entziehen. Natürlich muss der Westen China auch etwas dafür bieten. Die USA könnten spürbare Erleichterungen im Handel anbieten. Europa könnte den Boykott von Huawei beim Ausbau der 5-G-Netze aufgeben. Dabei soll sowieso nur ein unbequemer Konkurrent aus dem Markt gedrängt werden, unter dem Vorwand von Sicherheitsbedenken natürlich. In der verfahrenen Situation helfen dem Westen keine wirkungslosen Drohkulissen. Kluge Diplomatie ist gefragt. Aber wo sind die fähigen Diplomaten? Alle werden sie nach Henry Kissingers Tod hoffentlich nicht ausgestorben sein?

**Günter Kiessling, Seeheim-Jugenheim**

### **Essen kann doch keine Nebensache sein**

Zu „Wollen wir uns wirklich zu Tode essen?“ (F.A.Z. vom 27. März): Bravo! Herr Jakob Strobel y Serra spricht mir aus dem Herzen. Seit Wolfram Siebecks oftmals bissig-bösen „Zeit“-Kommentaren zum Thema Kochen, der Qualität von Lebensmitteln und deren industrieller Herstellung glaubte ich schon, die Kritik an ebendieser Industrie sei erloschen. Allein diese Begrifflichkeit, Lebensmittelindustrie, da regt sich doch der gesunde Menschenverstand, gute Lebensmittel und Industrie, wie soll das gehen? Das Beispiel mit den Äpfeln ist nur eins, mir kommt auch der Knoblauch in den Sinn. Ihm wurde alles Gute weggezüchtet. War man in den Achtzigern beim Italiener, wurde man anderntags an der Arbeit gemieden, man roch ja nach der Knolle. Und heute: nix! Kaum Aroma, kaum Schärfe, eingedeutscht. Der Einkauf auf dem Wochenmarkt hierzulande ist ernüchternd bis enttäuschend, anders in Frankreich oder Italien, wo man noch überrascht werden kann. Eine Frau bietet auf einem offenen Holztisch gerade zwei Sorten Käse an, der eine ist nur wenige Monate gereift, der andere durfte zwei Jahre in einem Bergstock reifen, bon appétit! Mit der Beschäftigung mit guten Lebensmitteln wächst auch die Freude in der Küche und natürlich beim anschließenden Auftragen. Essen kann doch keine Nebensache sein. Abschließend noch einmal zu den Äpfeln: Ich empfehle den alljährlich im Herbst stattfindenden Apfelmarkt in Kronberg mit seinen über hundert alten Sorten. **Heinrich Köller, Kronberg**

### **Fragwürdiger Wert von E-Autos**

Im Interview unter dem Titel „Wir reden die E-Mobilität kaputt“ (F.A.Z. vom 4. April) fällt der Satz: „Und damit ist der Umwelt nicht geholfen.“ Der Umwelt wird mit der E-Mobilität sowieso nicht geholfen. So viel Strom, wie dafür benötigt würde, können wir klimaneutral gar nicht erzeugen. Daher muss der Strom wieder konventionell erzeugt werden, und dann ist die CO<sub>2</sub>-Bilanz eines E-Autos eventuell sogar schlechter als die eines normalen Verbrenners. Auch die F.A.Z. ignoriert diese Tatsache immer wieder. Es ginge womöglich mit Atomstrom. Falls dieser in Deutschland nicht erzeugt wird, bleibt nur, dass wir sehr viel weniger Auto fahren würden. Ob das gelingt und ob dies unsere Gesellschaft widerspruchslos mitmacht, das bezweifle ich. Und damit ist der Umwelt nicht geholfen. **Peter Alt, Frankfurt am Main**

Quelle: F.A.Z.

---

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2024  
Alle Rechte vorbehalten.